



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

3/XV/51 - 2. März 1960

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Eisenhower und Chruschtschow auf Reisen Europas Einfluß wird geringer	26
2 - 3	"... die Großen läßt man laufen" Prozeß Sündermann - ein symptomatischer Freispruch Von Franz Barsig	64
4	Belgrad und das Deutschlandproblem Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	44
5	Zu niedrige Etage Taktlosigkeiten auf der Leipziger Messe	27
5	Überdreht Bern ist nicht Madrid	19
6 - 8	<u>Sperrfrist: Mittwoch, den</u> <u>2. März, 24 Uhr</u>	
	Offener Brief an Dr. Martin, MdB (CDU) Von Waldemar von Knoeringen, Stellvertretender Vorsitzender der SPD	147

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Zur Beachtung:

Sie veröffentlichen in der nächsten Ausgabe eine Darstellung der Gründe des wachsenden Mißtrauens bei den westlichen Alliierten gegenüber der Bundesrepublik: Der Weg in die Isolierung - nach dem spanischen Abenteuer.

### Eisenhower und Chruschtschow auf Reisen

sp - Auch weniger interessierten Beobachtern des Weltgeschehens dürfte in diesen Tagen bewußt werden, daß sich die große Ost-West-Auseinandersetzung, deren Schwerpunkt wir in der Vergangenheit häufig in Europa zu wännen glaubten, jetzt verlagert. Eisenhower hat auf seiner Besuchsreise in den Staaten Lateinamerikas versichert, die USA würden bei Anerkennung der Eigenständigkeit der südamerikanischen Länder deren wirtschaftliches Potential in den nächsten Jahren verbessern helfen - Chruschtschow hat in Südostasien, auf die dortigen Verhältnisse angewandt, dasselbe gesagt. Damit wird sowohl von Chruschtschow wie von Eisenhower angedeutet, daß die UdSSR und die USA entscheidende Vorkehrungen zur Schaffung neuer wirtschaftlicher und politischer Allianzen treffen.

Dagegenüber steht ein geteiltes Europa, dessen alte Kolonialmächte heute weder in Afrika noch in Asien und Südamerika entscheidenden Einfluß ausüben können, es sei denn, sie beschränken sich auf eine von den Empfängerstaaten mit spürbarer Zurückhaltung aufgenommene Wirtschaftshilfe. Der Versuch, wenigstens das Europa der Montanunion-Länder in das Spiel der außereuropäischen Staaten zu bringen, wird einmal stark behindert durch Frankreichs Afrikapolitik, zum anderen aber auch durch Gegensätzlichkeiten, die zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Ländern der Freihandelszone sichtbar geworden sind.

Politisch bedeutet dies eine zunehmende Verringerung der Einflußmöglichkeiten Europas auf die wirkliche Gestaltung der Weltpolitik, deren stärkste Exponenten - Eisenhower und Chruschtschow - eigene und neue Wege zu gehen beginnen.

"... die Großen läßt man laufen"

Von Franz Barsig

Die Entnazifizierung der Jahre 1945-48 hat mit dem betrüblichen Ergebnis geendet, daß man viele Kleine "aufhängte" und die Großen laufen ließ. Liest man das Ergebnis des Prozesses, der vor wenigen Tagen gegen den ehemaligen stellvertretenden Reichspressechef Helmut Sündermann in München geführt worden ist, dann könnte man zu dem Schluß kommen, daß auch diesmal wieder nur die kleinen Schmierer und Schreier dorthin wandern, wohin sie gehören, nämlich ins Gefängnis und die Großen, die intellektuell den Boden vorbereiten, frei ausgehen.

Herr Sündermann, der die Narrenfreiheit, die die Demokratie bietet, weidlich ausnutzt, hat in der Zeitschrift "Nation Europa" 1958 einen Artikel geschrieben, der die Überschrift "Westliches Narrenhaus" trägt. Darin bescheinigt er den Deutschen, daß sie sich noch in einem geistigen und staatspolitischen Verwirrungszustand befinden und beklagt bitter, daß man aus dem Fall Eisele in besonders grotesker Weise eine westdeutsche Sensation gemacht habe. Natürlich paßten auch Herrn Sündermann nicht die Prozesse, die heute gegen die Täter geführt werden müssen, die in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern Greuelthaten verübt haben. Das sind für ihn nur Schubladenprozesse, die in nie abreißender Fortsetzung irgendwelche KZ-Greuel aufwärmen.

Was meinte eigentlich Herr Sündermann mit dieser Formulierung? Meinte er damit wirklich die Greuel, die in den Konzentrationslagern vorgekommen sind? Sicherlich nicht. Es wird ihm nicht zu beweisen sein, aber seine Anhänger werden ihn sehr wohl verstanden haben, daß er mit dieser Formulierung die KZ-Prozesse als Greuelmärchen abstem-peln wollte. Der Schörner-Prozeß ist für Herrn Sündermann natürlich politisch manipuliert, und bei diesen Auffassungen muß man dann auch zu der Frage kommen, ob es einen Sinn hat, ein solches "Narrenhaus", in dem das geschehe, zu verteidigen.

Wie gesagt, das alles hat Herr Sündermann in der Zeitschrift "Nation Europa" geschrieben. Der Staatsanwalt wollte ihn deshalb

verurteilt haben, weil er durch die Verbreitung von Schriften die Bundesrepublik beschimpft und erdichtete Tatsachen - wissend, daß sie erdichtet sind - verbreitet hat, um dadurch Staatseinrichtungen verächtlich zu machen. Es war eigentlich selbstverständlich, daß Sündermann vor Gericht - eine Hand in der Hosentasche, man ist ja stramme Haltung gewohnt - seine Unschuld beteuerte und betonte, daß er niemals die Absicht gehabt habe, die Bundesrepublik zu beleidigen, und ebenso selbstverständlich ist es, daß sein Anwalt auf den mangelnden Täterwillen hinwies. Ergebnis: Herr Sündermann wurde mangels Beweises freigesprochen, denn man habe nicht eindeutig nachweisen können, daß der Angeklagte mit dem Ausdruck "Narrenhaus" die Bundesrepublik oder sonst eine ihrer Institutionen gemeint habe. Im übrigen sei der Artikel eine scharfe Kritik im Rahmen des Erlaubten gewesen.

Es hat sicherlich wenig Sinn, sich mit dem Prozeß und mit dem Urteil zu beschäftigen. Vielleicht konnte wirklich der letzte "Beweis" nicht erbracht werden, obwohl er in Sündermann geradezu personifiziert ist. Das Krebsübel ist mit Gerichtsentscheidungen, die einmal positiv, einmal negativ ausfallen mögen, auch gar nicht zu fassen, geschweige denn auszubrennen. Was eigentlich geschehen müßte - und das fordern wir Sozialdemokraten schon seit geraumer Zeit - ist, daß man endlich in der Bundesrepublik mit der neonazistischen Literatur und gewissen Verlagen aufräumen müßte.

Der Bundesinnenminister hat anlässlich der Kölner Vorfälle einmal erklärt, daß für die Überwachung der DRP mehr Gelder ausgegeben werden, als die DRP an Einnahmen habe. Was gibt er eigentlich für die Beobachtung dieser immer üppiger ins Kraut schießenden neuen NS-Literatur aus? Wann er wollte, brauchte er viele Geldmittel hierfür nicht zu verwenden, denn man braucht keine V-Männer, um diese Literatur einsehen zu können. Auf diesem Gebiet aber ist das Bundesinnenministerium von einer Laxheit, die geradezu beängstigend ist. Das wahre Problem ist nämlich nicht die DRP, sind nicht die Schmierer und Schreiber der letzten Monate, sondern es ist diese Literatur, die neues Unkraut sät.

### Belgrad und das Deutschlandproblem

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die nicht zu übersehenden Bestrebungen des Ostblocks, die deutsche Frage gegebenenfalls durch den Abschluß eines einseitigen Friedensvertrages mit der DDR zu "lösen", haben in letzter Zeit in verstärktem Maße zu Überlegungen herausgefordert, wie sich wohl Jugoslawien in einem solchen Falle verhalten würde. Das Beraterteam um die verschiedenen denkbaren Möglichkeiten scheint für alle beteiligten Seiten - außer den Jugoslawen selbst - eines gewissen Reizes nicht zu entbehren.

Wägt man alle diesbezüglichen Faktoren ab, kann gegenwärtig eigentlich nur ein Ergebnis mit Sicherheit konstatiert werden, das charakteristisch für die jugoslawische Politik ist: Belgrad will sich nicht im voraus die Hände binden lassen. Außerdem kann als sicher gelten, daß man bisher in Moskau noch nicht gegonnen hat, das Belgrader Terrain zu sondieren. Zwar wurden - ausgelöst durch einen westlichen Vorstoß - indirekt auf Pressekonferenzen Versuche unternommen, die Haltung der jugoslawischen Regierung in dieser Frage zu ergründen, aber in seinen Antworten wich der Regierungssprecher mittels eines allzu betonten Optimismus einer konkreten Stellungnahme aus.

In Gesprächen mit politischen Faktoren des Landes gelangt man jedoch schnell zu der Überzeugung, daß - wie offiziell erklärt wurde - man zwar hofft, die Möglichkeiten zur Lösung des gesamtdeutschen Problems seien noch nicht erschöpft, daß in diesem Zusammenhang jedoch mehr von der bevorstehenden Gipfelkonferenz als von irgendwelchen innerdeutschen Initiativen erwartet wird. Hierfür ist nach Belgrader Überzeugung die Aussicht gegenwärtig ungünstiger als sie es jemals gewesen ist.

Es steht außer Zweifel, daß der Ostblock - wegen der Ausstrahlungskraft auf eine Anzahl ungebundener Staaten - keine Mühe scheuen wird, um Jugoslawien gegebenenfalls für "seinen Friedensvertrag" zu gewinnen. Ob sich Belgrad jedoch zu einem solchen Schritt entschließen wird ist nur schwer zu entscheiden. Trotz der häufigen Unterstützung außenpolitischer Ostblockinitiativen, sind die zwischenstaatlichen Beziehungen Jugoslawiens zu den meisten Ostblockstaaten nur normal oder liegen sogar einige Grade tiefer. Die ideologischen scheinen sich in den letzten Wochen zu einigen Staaten sogar wieder etwas zu verschlechtern.

Außerdem bleibt noch die vorerst unentschlossene Haltung Jugoslawiens gegenüber den drei europäischen Wirtschaftsgruppierungen (Gemeinsamer Markt - EFTA - Rot für gegenseitige Wirtschaftshilfe). Es gibt in Belgrad recht starke EFTA-Sympathien. Ob dies jedoch einen Ausgleich gegen die wegen ihrer ideologisch-militanten Aspekte mit großer Besorgnis verfolgte bundesdeutsche Außenpolitik (antisemitische Vorfälle, die von Bundeskanzler Adenauer den Deutschen wieder einmal angegedichtete "Ostmission" und nun der Versuch, mit Franco ein militärisches Geschäft außerhalb der NATO abzuschließen) schaffen kann, muß mehr als fraglich bleiben.

### Zu niedrige Etage

sp - Die Herren Grotewohl, Rau und Dieckmann, ihrer Position nach Ministerpräsident, Minister für inner- und außerdeutschen Handel und Volkskammerpräsident der "DDR", haben beim Eröffnungsrundgang durch die Leipziger Frühjahrmesse den 39 qm Quadratmeter-Sektor der 1 506 Aussteller aus der Bundesrepublik und aus Westberlin einfach "links und rechts" liegen lassen und keines Blickes gewürdigt. Vermutlich sollte diese heroische Demonstration hohe Politik sein, nachdem Herr Rau fünf Minuten vorher in seiner Begrüßungsansprache von den "Blitzkriegs-Vorbereitungen" geredet hatte, die in Westdeutschland angeblich gegen die Sowjetzone betrieben würden. Diese aus der propagandistischen Hottentote größerer und skrupelloserer Vorgänger geholte Sensation wird durch ihre Gebetsmühlen-Wiederholung nicht wahrer. Und Demonstrationen im Vorbeigeh-Stil werden auch dadurch keine Politik, daß das Scheuklappen-Vorbeigehen von den Herren Grotewohl, Rau und Dieckmann praktiziert wird.

Dabei hätten es diese Ostberliner Herren mit ihrer Politik doch so einfach, weil sie sich nicht einmal zu eigenen Gedanken aufraffen müßten, sondern ganz einfach nur ihren Boß Nikita S. Chruschtschow nachzuahmen brauchten, der auf der Leipziger Frühjahrmesse 1959 ganz genau wußte, was er machte, als er den westdeutschen Industriellen mit seinem strahlendsten Lächeln gegenübertrat. Das war Politik auf der Etage Chruschtschows gewesen. Auf der zu niedrigen SED-Etage hält man es für Politik, wenn man raubbeinig und unhöflich zu gleicher Zeit ist, und das zusammen ergibt weder Takt noch Klugheit. Diese Selbsteinschätzung der Ostberliner Herren sollte jeden Politiker im Westen davor bewahren, es ihnen gleichzutun: Wir sollten höhere Etagen bevorzugen.

+ + +

### Überdreht

sp - Die sozialdemokratische Opposition im Bundestag hat bestimmt keinen Anlaß, den Bundesverteidigungsminister Strauß in Schutz zu nehmen. Sie geht nicht gerade zart mit ihm um, wenn es gooten erscheint, und dazu gibt Strauß Gelegenheit genug. Das letzte Beispiel war sein spanisches Abenteuer. Aber auch Gerechtigkeit muß sein. Jene, die ihm jetzt unterstellen, er beabsichtige, auch in der neutralen Schweiz Depots für die Bundeswehr anlegen zu lassen, Verhandlungen darüber hätten schon zwischen Bonn und Bern stattgefunden, wissen wirklich nicht, was sie tun. Eine solche Behauptung trägt von vornherein den Stempel der Unaufrichtigkeit. Sie stellt die neutrale und demokratische Schweiz mit dem Spanien Francos gleich - wirklich eine ungeheure Beschuldigung, deren Hohlheit auf den ersten Blick zu erkennen ist. Als sie zum ersten Male in "Neuen Deutschland" erschien, hüllte sich Bern in verachtungsvolles Schweigen. Ein offizielles Dementi mußte freilich dann erfolgen, als die Meldung des Ostberliner Blattes nun auch von anderer Seite aufgegriffen wurde. Es gibt eine Propaganda, die sich überdreht. Pankow ist darin ein Meister. Aber man kommt bald dahinter, wie in diesem Falle, daß damit kein Staat zu machen ist. Auch Lächerlichkeit kann töten.

+ + +

2. März 1960

Offener Brief an Dr. Martin, MdB (CDU)

Von Waldemar von Knoeringen,  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Sperfrist:  
Mittwoch, den 2.3.60  
24.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Martin!

Lange habe ich überlegt, ob ich mich in dieser Form mit Ihnen auseinandersetzen soll. Die Bedeutung und die Schwere des Problems, das die Ursache der Meinungsverschiedenheiten zwischen uns bildet, ist jedoch von so großem öffentlichen Interesse, daß eine Klarstellung der Standpunkte in möglichst offener Form erfolgen sollte. Es geht bei dieser Meinungsverschiedenheit auch nicht um Auffassungen von Personen, sondern um die prinzipielle Haltung der großen politischen Parteien. Es geht um eine Kernfrage unserer Zeit, nämlich darum, wie wir als Verfechter der Demokratie der wachsenden Gefahr totalitärer Einflüsse gegenüber treten, deren bedrohlichste Form, die Herausforderung des Kommunismus an die westliche Welt, mit jedem Tage deutlicher wird.

Sie behaupteten, die Dokumentation der SPD enthalte kein Wort über den wirklichen Gegensatz zum Kommunismus. Sie haben eine Entgegnung von mir zum Anlaß genommen, Ihre Kritik mit der These zu rechtfertigen, ein "bourgeoisier Sozialismus" sei nicht in der Lage, die Voraussetzungen für eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu schaffen. Der Kernpunkt in dieser Auseinandersetzung - so sagten Sie - sei die radikale Verneinung des christlich humanistischen Verständnisses von Menschen, das die Sozialdemokratie erst begreifen müsse. Und Sie fügten hinzu, daß der Widerstand gegen die aggressive Ideologie des Bolschewismus ausschließlich von christlichen Kräften getragen werde.

#### Kein leeres Lippenbekenntnis

Ihre Äußerungen haben Gewicht, denn Sie sind als verantwortlicher Interpret der CDU gerade in Kulturfragen anerkannt. Ihre Bemerkung, eine Gemeinsamkeit von CDU und SPD im Kampf gegen den Kommunismus werde nur entstehen, wenn die SPD die von Ihnen genannten Prinzipien anerkenne, bedarf deshalb einer klaren Antwort.

Lassen Sie mich mit dem christlich-humanistischen Verständnis von Menschen beginnen. Im Grundgesetzprogramm der SPD stehen die Sätze:

"Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden - nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben."

Diese Sätze sind kein leeres Lippenbekenntnis. Die Sozialdemokratie hat eine fast 100-jährige Geschichte. In diesen 100 Jahren hat sich diese Partei nicht nur zur Demokratie bekannt, sie hat auch in ihrem politischen Handeln den Boden der Demokratie nie verlassen. Als ihr 1918 die politische Macht zufiel, hat sie diese Macht nicht mißbraucht; sie hat sie dem Volke zurückgegeben und die machtpolitische Neuordnung der demokratischen Entscheidung des ganzen Volkes unterworfen. Die Sozial-

Demokratie hat niemals, wo immer auch sie regierte, die Freiheit der politischen Willensbildung unterdrückt. Sie hat niemals Andersgesinnte "liquidiert". Liquidiert wurden immer Sozialdemokraten; liquidiert von rechts, liquidiert von links.

Wo wäre heute die Freiheit in der Bundesrepublik?

Ihren Worten muß ich entnehmen, daß diese geschichtlichen Tatsachen in Ihren Augen nicht zählen, daß Sie und Ihre Partei trotzdem der SPD den demokratischen Charakter absprechen, daß Sie uns nicht für fähig halten, den Bolschewismus mit eigener Kraft entgegenzusetzen. Aber alle Ihre Versuche, die Sozialdemokratie aus dem demokratischen Staat hinauszudrängen, kosten uns nur fester Gemut in dem Willen, die Freiheit der menschlichen Persönlichkeit in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik zu stellen.

Diese Haltung begründet unseren unverwundlichen Gegensatz zum Kommunismus. Seit Lenins Eintritt in die Geschichte trennt uns von ihm eine unüberbrückbare Kluft. Ich frage Sie und die CDU: Wo wäre heute die Freiheit in der Bundesrepublik, wo wäre die Freiheit Berlins, wenn nicht ein Kurt Schumacher in Westdeutschland, wenn nicht ein Ernst Reuter in Berlin an der Spitze der Sozialdemokratie in der so hoffnungslosen Zeit unmittelbar nach der deutschen Katastrophe ihre Lebenskraft vorsehrt hätten in einer unerbittlich hart geführten Auseinandersetzung mit dem Kommunismus? Kennen Sie das Maß der Leiden und Opfer, das die Sozialdemokraten des Jenseits in ihrem Kampf um geistige und politische Freiheit bisher zu tragen hatten? Wir erwarten nicht, daß Sie als Vertreter einer CDU-Meinung diese Leistung würdigen. Wenn Sie jedoch eine politische Auseinandersetzung auf dem Boden der Wahrheit führen wollen, werden Sie nicht umhin können, geschichtliche Tatsachen geschichtlich gelten zu lassen. Wenn Sie das nicht tun, ist es allerdings sinnlos, Schicksalsfragen unseres Volkes ernsthaft zu erörtern.

Die CDU/CSU - Alleinträger christlicher Kräfte?

Ich muß Sie noch auf eine besondere Haltung hinweisen, die aus Ihrer Entgegnung spricht. Unverkennbar meinte ich mit Ihnen, wenn Sie das christlich-humanistische Verständnis vom Menschen als im Gegensatz zum Kommunismus befindlich begreifen. Auch die Sozialdemokratie sieht in diesem Gegensatz ein Element freierheitlichen Geistes. Ich werde dagegen nicht zuhören, zu widersprechen, wenn Vertreter der CDU behaupten, ihre Partei sei allein in diesem Streit der politische Träger christlicher Kräfte.

Wie in der CDU gibt es auch in der Sozialdemokratie Menschen, die sich dem christlichen Humanismus verpflichtet fühlen und gerade aus dieser Haltung heraus zur Idee des Programms unserer Partei eintraten. Aber auch außerhalb der politischen Parteien gibt es Menschen genug, die im Sinne des christlichen Humanismus leben, die den Kommunismus aufs schärfste ablehnen, und die es zugleich ablehnen würden, von Ihnen und Ihrer Partei politisch verwendet zu werden.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, wenn sie erfolgreich sein soll, muß von allen Menschen geführt werden, denen Menschenwürde und geistige Freiheit unbedingbare Voraussetzungen aller Ordnung sind. Wollen Sie leugnen, daß auch ein Jude, ein Hindu oder ein außerhalb des christlichen Bekennt-



Wissens stehender Humanist mit derselben Überzeugung und Leidenschaftlichkeit für die Menschenwürde eintreten kann? Ihre Beschränkung der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf den christlich-humanistischen Kern der CDU ist bedenklich einseitig und gefährlich. Ich be- zweifle außerdem, daß in der praktischen Politik der CDU das christlich-humanistische Verständnis vom Menschen wirksamen Ausdruck findet. Ich möchte mir versagen, einen kritischen Vergleich ihrer praktischen Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Ihrem Anspruch auf ein christlich-humanistisches Verständnis anzustellen.

#### Godesberg ist keine Propagandaformel

Was will die Sozialdemokratie? Es geht uns wahrlich nicht um eine Propagandaformel für die nächste Wahl. Wer mit diesem Vorwurf auftritt, tut weder das Problem der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus noch das Wesen der Sozialdemokratie begreifen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß die Mächte des Totalitarismus die Existenz aller Freiheit mehr denn je bedrohen. Die SPD empfindet es deshalb als ihre Pflicht, die Frage aufzuwerfen, was getan werden kann, um die Fundamente unserer Demokratie geistig, moralisch und politisch so zu sichern, daß sie der Herausforderung jeder Art von Diktatur zu widerstehen vermag.

Sie, Herr Dr. Martin, Bundestagsabgeordneter und Sprecher der CDU in Kulturfragen, haben die Dokumentation der Sozialdemokratie über ihre Auseinandersetzung mit dem Kommunismus mit dem Schimpfwort "bourgeoisier Sozialismus" abzutun versucht. Dieser Vorwurf ist nicht neu. Bewußt oder unbewußt haben Sie ein Schimpfwort Lenins gebraucht. Er hat nach dem ersten Weltkrieg die Führer der Sozialdemokratie als "bourgeoise Sozialisten" herabzuwürdigen versucht, weil sie sich weigerten, in Deutschland den Weg der kommunistischen Diktatur zu gehen. Daß Sie die Gesellschaft Lenins suchten, um die deutsche Sozialdemokratie zu schmähen, ist Ihre Sache; die SPD weiß es nicht.

#### Unsachliche Polemik

Die Sozialdemokratie hat in ihrer Dokumentation versichert, daß sie bereit ist, mit allen Kräften zusammenzuarbeiten, die wie sie entschlossen sind, dem Kommunismus eine überlegene demokratische und soziale Ordnung gegenüberzustellen. Ihre unsachliche und aggressive Polemik gegen die Sozialdemokratie gibt mir wenig Hoffnung, bei Ihnen Verständnis zu finden. Es bleibt uns nur die Verantwortung aufzuzeigen, die Sie mit dieser Haltung auf sich nehmen. Es ist die gleiche Verantwortung "bürgerlicher" Politiker, die in der Weimarer Republik der Sozialdemokratie nachredeten, sie sei nicht fähig, Träger des Staates zu sein, und sie damit jene Spaltung demokratischer Kräfte heraufbeschworen, die den Sieg der Hitlerschen Diktatur begründete.

Solange wir Sozialdemokraten nicht erwarten können, daß die CDU bereit ist, in demokratischer Toleranz auch eine Zusammenarbeit der demokratischen Parteien zu prüfen, solange werden wir die CDU nicht aus dieser Verantwortung entlassen, in der Hoffnung, daß sich bei ihr ein Bewußtseinsrest findet, der geweckt werden kann, wenn die Erkenntnis wächst, daß die Bedrohung unserer Demokratie nur abzuwehren ist durch das gemeinsame Handeln der bewußt demokratischen Kräfte unseres Staates.

+ + +

Dieser Artikel erscheint in der  
Ausgabe des "Vorwärts" zum 3. März 1960

Verantwortlich: Günter Markscheffel